

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Deutschland und die Europäische Union bieten Japan ihre Hilfe an



© c - Fotolia.com

Weltweit herrschen Bestürzung und Betroffenheit nach der verheerenden Naturkatastrophe in Japan. Die Bundesregierung sicherte rasche Hilfe zu. Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Japan soll wissen, dass Deutschland in dieser schwierigen Stunde an seiner Seite steht.“ Von über tausend Todesopfern berichtet die japanische Nachrichtenagentur Kyodo.

Die Bundeskanzlerin erklärte in Brüssel, sie wolle den Menschen in Japan sagen, dass „wir in dieser schweren und außergewöhnlich schwierigen Stunde mit unseren Gedanken bei ihnen sind“.

Merkel bietet Hilfe Deutschlands an

Deutschland sei bereit, so

Merkel, „alle uns mögliche Hilfe zu leisten“. Deutschland werde nicht nur in den nächsten Tagen, sondern sicherlich auch längerfristig alles dafür tun, am Wiederaufbau mitzuarbeiten. Die Zerstörung sei so gewaltig, dass viele Kräfte für den Wiederaufbau gebraucht würden.

Die Bundeskanzlerin hatte bereits zuvor in einem Telegramm an Ministerpräsident Naoto Kan die Unterstützung Deutschlands angeboten. Merkel sprach zugleich den Angehörigen der Toten ihr aufrichtiges Beileid aus und wünschte den Verletzten baldige Genesung.

THW-Team entsandt

Das Technische Hilfswerk (THW) hat ein aus vier Exper-

ten bestehendes Team nach Tokyo entsandt. Rund 40 weitere THW-Spezialisten sollen folgen. Das Team sei auf die Rettung und Bergung von Menschen in Katastrophengebieten spezialisiert, teilte Innenminister Hans-Peter Friedrich mit. „Die heutigen Nachrichten und Bilder aus Japan haben uns alle tief erschüttert“, sagte Friedrich. „Unser Mitgefühl gilt den Betroffenen, den Verletzten und Angehörigen der vielen Todesopfer sowie allen Japanern, die so plötzlich ihr Hab und Gut und ihr zu Hause verloren haben. Wir stehen bereit, Japan im Bedarfsfall auch mit weiteren Experten und Logistik bei der Bewältigung der Erdbebenfolgen zu unterstützen.“

Probleme in Atomkraftwerken

Durch das verheerende Erdbeben gab es auch Probleme beim Betrieb von japanischen Kernkraftwerken. Bundesumweltminister Norbert Röttgen sieht jedoch keine Gefahren für Deutschland. Angesichts der weiten Entfernung und des angekündigten Wetters sei im Falle einer Kernschmelze in einem japanischen

Atomkraftwerk für Deutschland nicht mit radioaktiver Strahlung zu rechnen. In zwei Reaktoren war nach dem Beben die Kühlung ausgefallen.

Krisenstab eingerichtet

Bislang liegen dem Auswärtigen Amt keine Erkenntnisse vor, dass Bundesbürger Opfer der Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe geworden sind.

Das Auswärtige Amt richtete einen Krisenstab ein. Für Deutsche, die unmittelbar von den Ereignissen in Japan betroffen sind, ist die Botschaft Tokyo unter der Telefonnummer +81 3 5791 7700 und der E-Mail-Adresse info@tokyo.diplo.de erreichbar.

In Berlin ist ferner der Krisenstab rund um die Uhr unter +49 30 5000 3000 zu erreichen.

Auch die Europäische Union sicherte Japan ihre Solidarität zu. Dies erklärten EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, die sich erschüttert über die Auswirkungen des Erdbebens zeigten.

© Pressemitteilung der Bundesregierung vom 11. März 2011

E10 in der Kritik



Foto: Gerd Altmann/epixphoto.de

Der Biokraftstoff E10 hat in den vergangenen Tagen traurige Berühmtheit erlangt. Die Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher konnte auch nach dem Benzinpfel in Berlin nicht gemindert werden. Vielfach wurde

auch die EU gescholten, für das Chaos an den deutschen Tankstellen verantwortlich zu sein. Mitnichten, wie Dr. Thomas Ulmer MdEP richtigstellte. Tatsächlich schreibt die EU mit keinem Satz die Einführung von Super E10 vor. Zwar gibt es eine EU-Richtlinie über die Qualität von Kraftstoffen, aber nirgends kann man etwas von einer zwangsweisen Einführung lesen. Deutlich wird in der Richtlinie jedoch, dass für alle Fahrzeuge, die den Super E10-Kraftstoff nicht vertragen,

ausreichend Super E5 zur Verfügung gestellt werden muss. Ulmer bezeichnete die Einführung des neuen Kraftstoffs als gehörig misslungen. Gleichzeit machte er aber darauf aufmerksam, dass Deutschland nicht das erste Land sei, in dem das Super E10 eingeführt werde. Die Schweden verwenden den Kraftstoff schon lange, auch in Frankreich gibt es ihn schon seit 2009. Die Finnen haben ebenfalls dieses Jahr problemlos mit der Einführung begonnen. Umstritten

bleibt weiterhin der Sinn von E10. Ulmer äußerte sich sehr skeptisch: „Der Spritverbrauch erhöht sich bei Kraftstoffen mit Bioethanol deutlich um bis zu 30 % und der Wirkungsgrad des neuen Benzins ist ebenfalls geringer. Auch gibt es Probleme mit der Lagerfähigkeit und der Haltbarkeit. Langzeitstudien seien auch nicht verfügbar. Es bleibe abzuwarten, ob der Vorstoß der Bundesregierung für mehr Vertrauen bei den Bürgern sorgt.“

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Aktuelle Informationen zur Schweinegrippe



Foto: Gerd Altmann / pixelio.de

betont: „Die Schweinegrippe verlief wesentlich milder, als dies anfangs vermutet wurde. Was wir jetzt benötigen, ist eine kritische Bestandsaufnahme. Teurer Aktionismus und Panik sind fehl am Platz. Was wir in Europa benötigen, ist eine gut durchdachte und besonnene gemeinsame Strategie, nicht nur für die Schweinegrippe, sondern insbesondere auch für die saisonale Grippe.“

Insbesondere zwischen den Mitgliedstaaten der EU müsse es eine bessere Koordinierung, gemeinsame Impfstrategien und Präventionspläne geben. Um Interessenskonflikte zu vermeiden, sollten Erklärungen von allen Fachleuten, welche die europäischen Gesundheitsbehörden beraten, veröffentlicht werden. Gemäß den geltenden EU-Rechtsvorschriften trägt der Hersteller (und nicht der Mitgliedstaat) die Verantwortung für die Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit eines Arzneimittels im Rahmen der genehmigten Indikationen.

Im Jahr 2009 forderte die Schweinegrippe rund 2.900 Todesopfer. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union antworteten darauf mit weitgefassten Impfprogrammen, die Milliarden kosteten. Die Todesopfer einer saisonalen Grippe belaufen sich auf etwa 40.000 in einem gemäßigten Jahr und können in einem besonders schweren Jahr auf bis zu 220.000 steigen. In diesen Tagen befassen sich die Abgeordneten im Europäischen Parlament wieder mit der H1N1-Grippe. In einer Entschließung fordern sie mehr Transparenz, eine bessere Koordinierung und Unabhängigkeit bei der Bewertung der Lage.

Dr. Thomas Ulmer, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit,

Verbraucherschutz: Produkte werden sicherer

In der Vergangenheit gab es eine Reihe von EU-Initiativen zur Verbesserung der Produktsicherheit. Die aktuelle Richtlinie soll nun überarbeitet werden. Dabei stehen bessere Zollkontrollen in den europäischen Häfen sowie ein verbesserter Rechtsrahmen für die schnellere Rücknahme gefährlicher Produkte im Mittelpunkt.

„Die Märkte müssen besser überwacht werden und wir benötigen härtere Maßnahmen gegen illegale Erzeugnisse aus Drittländern. Auch der Online-Handel muss in die Novelle aufgenommen werden“, fordert Dr. Thomas Ulmer, Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz im Europäischen Parlament. Die internationale Zusammenarbeit müsse weiter verbessert werden, so die Ansicht der Abgeordneten. Die Parlamentarier schlagen ferner die Einrichtung einer öffentlichen Informationsdatenbank zur Sicherheit von Verbrauchsgütern vor. Besorgt zeigten sich die Abgeordneten insbesondere darüber, dass die Zahl der im sog. „RAPEX-System“ gemeldeten gefährlichen Produkte, die aus China stammen, immer mehr ansteigt.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.); Tanüstur: 21, 74821 Moshach, Telefon 06281.893091 Telefax 06261.893089 Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: 12-11-09 Pano hemi 8.jpg Copyright: © Photo Parlement Europeen; Flagge Japan © C - Fotolia.com: E10 - Gerd Altmann / pixelio.de; Schweinegrippe - Gerd Altmann / pixelio.de; Klimaschutz - Gerd Altmann / pixelio.de; Türkei-Fahne

© Huebl - Fotolia.com

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu

Klimaschutz: Kritische Bestandsaufnahme



Foto: Gerd Altmann / pixelio.de

Die Erde soll sich in den kommenden Jahren um nicht mehr als 2 Grad Celsius erwärmen, so das ehrgeizige Ziel vieler vermeintlicher Klimaschützer. Dass sich Grönland vor 15.000 Jahren innerhalb weniger Jahre um rund 16 Grad Celsius erwärme - das wird ausbleudet. 24 solcher abrupter Klimawechsel machten die beiden Wissenschaftler Willi Dansgaard und Hans Oeschger für die nördliche Hemisphäre aus. Klimawandel ganz ohne Auto und Fabrik. Die Abgeordneten des Europaparlaments üben deutliche Kritik an den langfristigen Ideen der EU-Kommission zum Klimaschutz. „Die Kommission hat eine gründliche Analyse versprochen. Die steht weiterhin aus. Wir wissen noch nicht, was zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen wirklich kos-

ten und bringen. Die Kostenschätzungen der Kommission jedenfalls sind astronomisch. Ich halte es für unverantwortbar, ein solches gesellschaftspolitisches Experiment ohne wirkliche Entscheidungsgrundlage durchführen zu wollen“, sagte Dr. Thomas Ulmer, Mitglied im Unterausschuss im Europäischen Parlament. EU-Klimakommissarin Hedegaard nennt in ihrem „Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft 2050“ jährliche Klimaschutzinvestitionen von 270 Milliarden Euro pro Jahr für die EU. „Zusammengerechnet ergäbe das für die kommenden 40 Jahre die unvorstellbare Summe von fast 11 Billionen Euro. Die gleichzeitigen Einsparungen durch bessere Energieeffizienz sind ebenfalls nur geschätzt. Das kann keine seriöse Klimapolitik der EU sein“, so Ulmer. Der CDU-Europaabgeordnete gibt den international vergleichsweise geringen Anteil der EU an den weltweiten CO2-Emissionen zu bedenken: „Wenn gleichzeitig immer mehr Stahlwerke und Kohlekraftwerke in Indien, China und Brasilien dampfen, machen alle unsere Bemühungen keinen Sinn.“

Türkei: Menschenrechte noch immer mangelhaft



Foto: Gerd Altmann / pixelio.de

„Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei laufen in eine Sackgasse“, betont Dr. Thomas Ulmer, CDU-Europaabgeordneter für Nordbaden. Äußerst kritisch zeigten sich die Abgeordneten aller Fraktionen in diesen Tagen über die Fortschritte des Beitrittskandidaten.

Im Konflikt mit Zypern und Griechenland ist die Türkei zu keinen Zugeständnissen bereit, die Pressefreiheit wurde in den vergangenen Monaten immer weiter eingeschränkt. Die EVP-Fraktion verhinderte zudem den Versuch von europäischen Sozialisten und Grünen, die Aufnahmebefähigung der EU als Beitrittskriterium fallen

zu lassen.

Die Türkei sei ein wichtiger Partner für Europa und müsse eng an die EU gebunden werden, so Ulmer. „Die Annäherung der Türkei an die EU darf aber die Aufnahmebefähigung der Europäischen Union nicht überfordern oder zur Aufgabe des Ziels der Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit führen. Auch in der Integrationsfrage ist zunächst die Türkei selbst in der Pflicht“, sagte Ulmer mit Blick auf die jüngste Rede des türkischen Premierministers Erdogan in Deutschland.

„Wenn Herr Erdogan behauptet, die dauerhaft in Deutschland lebenden Türken mit deutscher Staatsbürgerschaft hätten in erster Linie eine Loyalitätspflicht zur Türkei, dann unterwandert er alle Integrationsversuche“, urteilt der CDU-Politiker.